

AICGS Transatlantic Perspectives

December 2009

Die deutsche Einheit als Ergebnis eines historischen Prozesses und als Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Die Ostdeutschen, die friedliche Revolution und ihre Folgen

By Bernhard Maleck

Wie sehen Ost- und Westdeutsche die Vereinigung heute?

Was für Probleme existieren auch heute noch 20 Jahre nach der Mauerfall?

Mit der Herstellung der staatlichen deutschen Einheit im Oktober 1990 kam eine zweihundertjährige Auseinandersetzung um die Lösung der deutschen Frage in Europa zu einem Schlusspunkt. Es ging seit den Kriegen Napoleons darum, wie es möglich sein könnte, aus einem Sammelsurium vieler kleiner und einiger großer deutscher Staaten in der Mitte Europas einen einheitlichen deutschen Staat auf demokratischer Grundlage zu schaffen. Einheit und Freiheit waren das Ziel und die Aufgabe. Die neue vereinigte Bundesrepublik Deutschland ist ein einheitliches und freies Land. Sie hat sichere und klar definierte Grenzen und keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten. Dieses Land verkörpert heute den demokratischen deutschen Staat. Die Lösung der deutschen Frage ist auch Ergebnis der Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR, die sich im letzten Jahr ihrer Existenz tatsächlich in eine demokratische Republik verwandelte.

Ich erlebte den symbolischen Akt der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 in Berlin, so wie ich auch an der größten jemals in der DDR stattfindenden Protestdemonstration von mehr als 500.000 Menschen in Ostberlin auf dem Alexanderplatz, fünf Tage vor der Maueröffnung am 4. November, teilgenommen hatte. Mit dieser Demonstration war nun unumkehrbar sichtbar geworden, dass die alte DDR-Führung und das ihre Macht absichernde politische System in der Bevölkerung der DDR jegliche Legitimation verloren hatten. Damit war der Weg endgültig offen, der zur Öffnung der Berliner Mauer am 9. November und dann auch zu der Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989, den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 und zur Konstituierung eines demokratischen Parlaments der DDR, deren Name Volkskammer der DDR lautete, führte.

Diese Volkskammer beschloss dann am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Das war der offizielle Akt der Herstellung der staatlichen Einheit der Deutschen aus Ost und West. Auch an dieser Entscheidung, die in der Nacht gegen 02.30 Uhr fiel, war ich aktiv beteiligt und dabei im Parlament anwesend. So ist es für mich noch immer eine tiefe Freude und Überraschung zugleich, Zeuge und Mitgestalter eines welthistorischen Prozesses gewesen zu sein, der am 3. Oktober 1990 durch die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands seinen großen Höhepunkt fand. Wir werden am 3. Oktober 2010 den 20. Jahrestag dieses Ereignisses begehen.

Bei allem ist für mich wichtig, niemals zu vergessen, was alles an einem 9. November in der deutschen Geschichte geschehen ist. Ich verweise hier auf den 9. November 1938. An diesem Tag fand die so genannte Reichspogromnacht (andere nannten sie die Reichskristallnacht) statt, die ein wichtiger Schritt hin zum Holocaust war. So ist der 9. November jedes Jahr für mich eben nicht nur ein Tag der Freude wegen des Mauerfalls, sondern auch ein Tag der Trauer und des Gedenkens an die ermordeten Juden Europas.

Die bisherige Bilanz der Entwicklung seit 1989 fällt in Deutschland nicht eindeutig positiv aus, insbesondere für viele Ostdeutsche. Sie ist zwiespältig. Man kann sich freuen über die gewaltigen Investitionen in die Infrastruktur in Ostdeutschland, an dem wirtschaftlichen Erfolg in einigen Breichen der ostdeutschen Wirtschaft, dem in vielen Bereichen gelun-

genen neuen Antlitz der Städte und Dörfer in Ostdeutschland, die guten und friedlichen Beziehungen mit den Nachbarn des neuen Deutschland. Ohne die deutsche Vereinigung und auch die große Unterstützung aus dem Westen Deutschlands wäre das nicht möglich gewesen.

Aber die Bundesrepublik Deutschland hat sich als ärmer und schwächer herausgestellt, als das viele Ostdeutsche erwartet hatten und wie sie das in den freien Wahlen zur Volkskammer mit ihrer Entscheidung für die Parteien, die einen schnellen Weg zur Integration in die Bundesrepublik gehen wollten, zum Ausdruck brachten.

Man kennt die Zahlen und Probleme. Die offizielle und die inoffizielle Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist zusammengenommen im Durchschnitt mindestens drei Mal so groß wie in Westdeutschland. Die durchschnittlichen Einkommen sind in Ostdeutschland bei gleicher Arbeit über 30 Prozent niedriger als in Westdeutschland. Die Kaufkraft ist signifikant niedriger, die Renten werden auf lange Sicht, bezogen auf ein gleich langes und vergleichbares Arbeitsleben, auch in Zukunft sehr viel niedriger ausfallen. Das Armutsrisiko in Ostdeutschland ist sehr viel höher als im Westen. Diese Reihe könnte mit anderen Beispielen und Problemkennzeichnungen fortgeführt werden.

Bei all dem ist es nicht unumstritten wie der Charakter der deutschen Republik heute zu beschreiben ist, wie seine innere auch geistige Verfasstheit sich darstellt. Vorurteile und Negativbewertungen stehen im Raum. Zum Beispiel schreibt Maxim Biller in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Zeit, die Kommunikation wieder so zu bestimmen, dass aus den verrosteten Wessis die vernünftigen, un-nationalistischen Leute werden, die sie mal waren. Und wenn ‚wir‘ dann wieder okay sind, machen wir ‚sie‘, die Ossis, bestimmt auch zu besseren Menschen. Denn sie selbst schaffen es aus eigener Kraft nicht.“¹ Es gibt also eine geradezu idealistisch aufgeladene Sehnsucht nach dem alten Westen, der alten Bundesrepublik. Den Ostdeutschen wirft man in diesem Komplex implizit und oft auch explizit vor, dass sie anders seien als die Westdeutschen in ihrem Kern, dass die neue Bundesrepublik Deutschland mit der Vereinigung nationaler, autoritärer, auch ärmer geworden ist durch die hohen Kosten der Integration Ostdeutschlands in den Westen.

Aber wie hätten denn die Verhaltensweisen vieler Ostdeutscher anders sein können, angesichts der Geschichte in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, die ja kein von der Sowjetunion unabhängiges Land war.

Es tobt also in Deutschland ein Streit um die Interpretation dessen, was da 1989 und danach geschehen ist, wie man die Ereignisse des Umbruchs und der friedlichen Revolution zu bewerten hat und was diese historisch und für die Zukunft Deutschlands bedeuten. Dieser Streit wird zumeist nicht in den Medien, Zeitungen, im Fernsehen und ähnlichem ausgetragen, sondern in anderen Zirkeln. Die Deutungshoheit über diesen Teil der europäischen und Weltgeschichte liegt häufig nicht bei den Akteuren der Ereignisse. Sie ist auf einzelne kleinere Gruppen von Ostdeutschen und größere Gruppen und einflussreichere Leute aus dem Westen übergegangen. Es hat sich lange schon ein Gefühl der Fremdbewertung in Ostdeutschland breit gemacht. Diese Bewertung wird als weitgehend unzutreffend für die eigene Geschichte verstanden. Das gipfelt dann oft in der sarkastisch gefärbten Feststellung, dass Leute die nicht im Osten gelebt haben, genau oder sogar besser wissen, „wie wir gelebt haben“. Das hat natürlich viel mit dem Zugang zu meinungsbildenden Medien zu tun, ist aber auch ein Reflex auf reale Verhältnisse. Wer hat zum Beispiel einflussreiche Positionen in Ostdeutschland inne? Wessen Interessen vertreten diese?

Das Ergebnis ist eine weitgehend verzerrte Wahrnehmung der Abläufe, der bedeutenden Akteure und Prozesse, die stattfanden. Schon mittlerweile seit zwanzig Jahren empfinden sich zwischen 70 und 80 Prozent der Ostdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt. Nur ostdeutsche Komplexe, die jeglicher realen Grundlage entbehren?

Der Fall der Berliner Mauer war ein weltgeschichtlicher Vorgang, weil er nunmehr endgültig das Ende der Teilung Deutschlands vorwegnahm und auch das Ende der Teilung Europas und der Welt in zwei gegeneinander stehende Macht- und Einflussblöcke markierte.

Der Mauerfall kam wie ein Wunder. So zumindest in der Wahrnehmung vieler.

Das vielleicht noch größere Wunder war, dass das alles friedlich vor sich ging. Friedlich hieß, dass diejenigen, die radikale Veränderungen in Ostdeutschland anstrebten, keine Gewalt anwendeten oder planten und dass das DDR-Regime und ihre Vertreter auf den unterschiedlichen Machtebenen seit dem Oktober 1989 keine Gewalt anwendeten, um die Opposition zu zerschlagen oder gar zu vernichten. Kein Oppositioneller wurde erschossen, kein Kommunist wurde aufgehängt. In brenzligen Situationen konnte immer ein friedlicher Ausweg in diesem vor Waffen starrenden, mit Militär und Sicherheitskräften über die Maßen aufgerüsteten Land gefunden werden.

Die Frage danach, wer die Mauer gebaut hat und für ihr Entstehen verantwortlich war, ist sicherlich wichtig, wenn man den Mauerfall feiert. In den Diskussionen nach 1990 hat man sehr oft so getan, als ob es eine Erfindung des DDR Machthabers, Walter Ulbricht, und seines Sekretärs für den Mauerbau, Erich Honecker, war. Beide haben im Vorfeld und bei der Errichtung der Mauer und ihres Ausbaus eine Schlüsselrolle gespielt, aber wie man trotzdem schon wissen konnte und nun auch durch weitere Aktenfunde belegt wurde, hat die Anordnung zum Bau der Mauer der damalige Parteichef der Sowjetunion Nikita Chruschtschow erteilt. Das ist nicht wirklich eine neue Nachricht, denn die Sowjetunion war im Wesentlichen der Erfinder der DDR in einem bestimmten weltgeschichtlichen Kontext des Kalten Krieges und ihr lag an der Existenzsicherung ihres Schützlings. Außerdem hatte sie riesige Armeen in Ostdeutschland stationiert, etwa 400.000 Soldaten, dazu standen noch viele Familienangehörige der Offiziere in der DDR. Die DDR hatte, selbst wenn sie gewollt hätte, keine andere Wahl. Später haben dann frühere sowjetische Offizielle behauptet, die DDR sei ganz allein verantwortlich für den Bau der Mauer in Berlin. So unter anderem der langjährige Statthalter der Sowjetunion in der DDR, Pjotr Abrassimov, seines Zeichens Botschafter der UdSSR in der DDR. Das waren politische Zweckaussagen, um die eigene Rolle in einem besseren Licht darzustellen und die Verantwortung für das unterdrückerische System in der DDR an andere abzuschieben. Ich halte auch deshalb das 2+4 Abkommen und die Vereinbarung zum Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland bis zum Jahre 1994 für einen der wichtigsten Erfolge der friedlich vollzogenen Vereinigung Deutschlands. Es hat bis heute noch keinen russischen Politiker gegeben, der die Verantwortung für Repression und Gewalt in der DDR übernehmen wollte, geschweige denn bereit war, sich bei den Ostdeutschen zu entschuldigen. Für viele Ostdeutsche war ja die Erfahrung des 17. Juni 1953 sehr prägend. Damals hatten sowjetische Panzer und Soldaten die breite Protestbewegung in der DDR mit Waffengewalt niedergeschlagen und mehr als 90 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seitdem wusste man in der DDR, wer Veränderungen grundlegender Natur in Ostdeutschland durchsetzen wollte, muss mit dem gewaltsamen Eingreifen der Sowjetunion rechnen. Das war auch eine Ursache dafür, dass die auch in der SED und ihren verbündeten Blockparteien in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts weit verbreitete Sehnsucht nach Veränderungen und Demokratisierung in der DDR nicht stärker zum Ausdruck kam.

All das hat auch noch andere historische Voraussetzungen. Im April 1945 erreichten amerikanische Truppen jene Gebiete Deutschlands, die später zum Territorium des unter sowjetischer Vorherrschaft stehenden Staates, der DDR, gehörten. Erfurt, Weimar, die Bauhausstadt Dessau, aber auch Leipzig, das am 9. Oktober 1989 ein so wirkungsvolles Signal des Demokratisierungswillens der Ostdeutschen aussendete („Wir sind das Volk“), wurden von amerikanischen Streitkräften von der Nazi-Diktatur befreit. Das betraf Millionen von Deutschen in diesem Teil des früheren Deutschen Reiches.

Dann zogen die Amerikaner wieder ab. Später nahmen die USA diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, unterstützten schließlich auch die Aufnahme der DDR in die Vereinten Nationen und eröffneten 1974 eine Botschaft in Ostberlin, das als Hauptstadt der DDR fungierte. All das waren Anpassungen an die weltpolitischen Gegebenheiten und vor allem Folge des Verhältnisses zwischen den beiden großen Supermächten in der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Was wäre aus den Menschen in diesem Teil Ostdeutschlands geworden, wenn die Amerikaner geblieben wären? Kann man angesichts dieser Entwicklungen den Ostdeutschen vorwerfen, dass sie sich an ein politisches System angepasst haben, das die Ostdeutschen genauso wenig ändern konnten wie die USA die weltpolitischen Verhältnisse über einen langen Zeitraum nicht ändern konnten? Waren doch Millionen von Ostdeutschen den Sowjets ausgeliefert worden. Das waren die Realitäten. Das ist niemandem vorzuwerfen, war das doch Teil der Erfüllung von Vereinbarungen mit der Sowjetunion aus der Zeit des gemeinsamen Kampfes als Alliierte in der Anti-Hitler-Koalition.

Diese Vereinbarungen führten ja auch dazu, dass Westberlin von den westlichen Alliierten übernommen werden konnte. Diese Tatsache entfaltete seine Wirkungen und hatte wiederum erheblichen Einfluss darauf, dass Jahrzehnte später die Vereinigung des amputierten Deutschlands in neuen Grenzen, auf einem stark verkleinerten Territorium passieren konnte.

Den Preis dafür bezahlten historisch allerdings zu einem großen Teil die Ostdeutschen. Sie waren vor allem Objekte der Entwicklungen bis zum Herbst 1989. Im Herbst 1989 allerdings wurden sie Subjekte, Handelnde und befreiten sich selbst. Aber nach dem Mauerfall und den freien Wahlen in der DDR vom 18. März 1990 wurden sie wieder mehr und mehr Objekte und nicht Subjekte der Entwicklung. Viele Leute aus der Opposition, die man heute gern ehemalige Bürgerrechtler nennt, aber doch eher Aktivisten der Freiheit waren, beklagten dies.

Die dramatischen Veränderungen im Zeitraum von Oktober 1989 bis Oktober 1990 gründen sich auf einen ganzen Komplex von Faktoren, die diese Veränderungen erst möglich gemacht haben. Dazu gehört die Politik des Westens und der USA, dazu gehört auch die neue Politik des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow seit 1985, dazu gehört die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter dem Kanzler Willy Brandt und weitergeführt unter dessen Nachfolgern Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Aber dazu gehören eben auch die Entwicklungen in den kommunistischen Staaten, die zur Entstehung von Oppositionsbewegungen führte. In Polen zur Entwicklung einer Opposition der Gewerkschaft Solidarität mit etwa zehn Millionen Anhängern. In der DDR in den achtziger Jahren zur Entstehung von kleinen Oppositionsgruppen, die über ein paar Dutzend aktive Anhänger nicht hinauskam. Geschuldet natürlich auch der repressiven Arbeit der „Staatssicherheit“. Es gab keine Freiheit für die Opposition.

Die Bundesrepublik ist durch 1989 und die Folgen in vielem eine andere Republik geworden. In ihrer politischen Grundstruktur hat sie sich nicht wesentlich durch die Integration der DDR geändert. Die Menschen aus der DDR haben ihre im Herbst 1989 selbst erworbene und auch erkämpfte Freiheit bewahren und festigen können. Die Bundesrepublik ist durch die Einheit zugleich europäischer und selbstbewusster geworden. Sie hat aber auch eine in vielen Bereichen zu verzeichnende Beschränkung oder auch Einengung ihrer Grundrechte hinnehmen müssen, vor allem im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das betrifft Artikel 16 (Recht auf Asyl), Artikel 2 (Recht der Persönlichkeit und Schutz der informationellen Selbstbestimmung), aber auch eine Reihe weiterer Grundrechte des Grundgesetzes.

Versöhnung im Inneren würde Deutschlands Versöhnung nach außen mit seinen europäischen Nachbarn noch tragfähiger und glaubhafter machen. Versöhnung ist zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer eine in vielen Bereichen unerledigte Aufgabe, ja zum Teil sehr umkämpft. Als im Mai 2009 Gesine Schwan, die zweifache jeweils knapp gescheiterte frühere Präsidentschaftskandidatin in Deutschland, für differenzierte Betrachtung und Bewertung des Charakters der DDR eintrat und eine einfache, nicht erklärende Kennzeichnung der DDR als Unrechtsstaat als nicht ausreichend darstellte, da wurde ihr zum Beispiel Verharmlosung der Diktatur in der DDR vorgeworfen, von weiten Teilen der oft simplifizierenden Medien, aber auch vom politischen Gegner aus den Reihen der CDU und CSU, wie auch der FDP. Das gleiche „Schicksal“ ereilte die Ministerpräsidenten aus Mecklenburg-Vorpommern, wie kürzlich auch den Ministerpräsidenten Brandenburgs, die Versöhnung als politische Aufgabe einforderten und im Falle des Bundeslandes Brandenburg es für legitim halten, eine Regierung mit der Partei Die Linke zu bilden, so wie sie schon seit Jahren in der Hauptstadt im Bundesland Berlin existiert. Helmut Schmidt, der frühere Bundeskanzler, konstatierte sogar, dass die Parteigänger des DDR-Staates in der Bundesrepublik nach der deutschen Vereinigung schlechter behandelt wurden und werden, als die früheren Nazis, einschließlich der SS und Geheimpolizei, in der alten Bundesrepublik von Adenauer und seiner Regierung behandelt worden waren. Er hält das für falsch.

Es scheint in diesen Tagen des Erinnerns an den Tag des Mauerfalls, dass je länger die DDR in der Geschichte verschwunden ist, sie als noch maroder und kaputter und böser dargestellt wird als sie sowieso schon war. Die doch erheblichen Unterschiede zur brutalsten Diktatur im Ostblock nach dem Zweiten Weltkrieg in Rumänien beispielsweise werden dabei immer unsichtbarer.

Man kann auch zum Beispiel lesen, dass die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft nur bei 13 bis 20 Prozent im Vergleich zur Produktivität der Wirtschaft in der alten Bundesrepublik Deutschland lag. Vor Jahren ging man noch mindestens vom Doppelten aus. Diese Berechnungen sind kaum mehr nachvollziehbar. Aber etwas anderes ist dabei wichtiger. Versteht überhaupt noch jemand, dass gerade diese Art des Vorgehens für viele Ostdeutsche eine einzige Abwertung ihrer Lebensleistungen darstellt? Leistungen, die erbracht worden sind trotz oder vielleicht auch gerade wegen der schlechteren Startbedingungen nach 1945.

Die DDR musste die Reparationen für ganz Deutschland an die Sowjetunion bezahlen. Westdeutschland dagegen erhielt die Hilfe aus dem Marshallplan. So betrachtet, erscheint die Leistung der Ostdeutschen in einem anderen Licht. Auch die Menschen in Ostdeutschland und in der DDR haben ein im Zweiten Weltkrieg - was durch die Deutschen selbst verursacht worden war - zerstörtes Land wieder aufgebaut. Ihre Leistung und ihr Wollen wurden dabei durch ein ineffektives und oft auch absurdes planwirtschaftliches System und diktatorisch getroffene Entscheidungen geschmälert. Dabei entwickelten viele eine Kunst der Anpassung, die für ein demokratisches System der politischen Teilhabe eben nicht mehr zeitgemäß ist.

Rote-Socken-Kampagnen, antikommunistische Kampagnen nach dem Ende des stalinistischen Kommunismus oder die politische Instrumentalisierung der Aufdeckung von Stasi-IM schaffen neue Probleme und erwiesen sich als kontraproduktiv. Diese Instrumentalisierung hat es aber bis zum heutigen Tage immer wieder gegeben. Ich erinnere nur an die erzwungene Abdankung des ersten und letzten frei gewählten Minister-Präsidenten der DDR, Lothar de Maizière, von seinem späteren Amt als Bundesminister der Regierung Kohl. (Lothar de Maizière war übrigens der einzige bedeutende DDR-Politiker, der jemals im Oval Office von einem amerikanischen Präsidenten empfangen wurde.) Oder ich erinnere an die unwürdigen und unzutreffenden Vorwürfe an die Adresse des Schriftstellers Stefan Heym, als dieser 1994 als Alterspräsident des gerade gewählten Parlaments der Bundesrepublik fungieren sollte und der damalige Innenminister das mit Stasi-Vorwürfen zu verhindern suchte. Das blieb aber wenigstens in diesem Fall erfolglos.

Politische Instrumentalisierung einer Beschäftigung mit diesem Teil der deutschen und europäischen Geschichte ist nicht hilfreich. Politische Instrumentalisierung zum Zwecke des Kampfes gegen den politischen Gegner führt nämlich in Ostdeutschland zu einer Verlängerung gerade jener Kultur der Anpassung, die vierzig Jahre lang in der DDR eingeübt wurde und eben gerade nicht zu einer „Absage an Prinzip und Logik der Abgrenzung“ (so nannte die Oppositionsgruppe „Demokratie Jetzt“ ihr Gründungsmanifest.), die die im September 1989 gegründete Gruppe von Freiheitsaktivisten um Wolfgang Ullmann und andere gerade damals einforderten. Ich erwähne Wolfgang Ullmann, der mit zum Stärksten, intellektuell und politisch, gehörte, was die DDR-Opposition hervorgebracht hat. Er wäre in diesen Tagen 80 Jahre alt geworden und spielte sowohl in dem dramatischen Veränderungsprozess von 1989 und danach eine so herausragende Rolle. Er war und blieb bis zu seinem Tode vor einigen Jahren ein unabhängiger Denker und Politiker.

Die Beschäftigung mit der Gesamtheit der Geschichte der DDR, den Verbrechen, die begangen wurden, wie auch des historischen Kontextes, aber auch der Hoffnungen, die so mancher Antifaschist und Opfer der Nazi-Diktatur, wie auch freiheitlich orientierte Sozialisten anfangs mit der DDR verbunden haben, darf allerdings nicht aufhören. Einen Schlussstrich darf es auch hier nicht geben.

Auch daran sollten uns der glückliche Moment des Mauerfalls am 9. November 1989 und der bevorstehende 20. Jahrestag der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 2010 erinnern.

The American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) strengthens the German-American relationship in an evolving Europe and changing world. Affiliated with the Johns Hopkins University, the Institute produces objective and original analyses of developments and trends in Germany, Europe, and the United States; creates new transatlantic networks; and facilitates dialogue among the business, political, and academic communities to manage differences and define and promote common interests.

Through its three program areas (Business & Economics; Foreign & Domestic Policy; and Society, Culture, & Politics), AICGS provides a comprehensive program of public forums, policy studies, research, and study groups designed to enrich the political, corporate, and scholarly constituencies it serves.

AICGS
1755 Massachusetts Ave. NW
Suite 700
Washington, DC 20036
www.aicgs.org

The views expressed in this essay are those of the author alone. They do not necessarily reflect the views of the American Institute for Contemporary German Studies.

NOTES

- 1 Maxim Biller, "Die Ossifizierung des Westens," FAZ, 21. März 2009.

Dr. Dr. Bernhard Maleck is author of many books on German and European History and Politics. He held, among other positions, a guest professorship at Johns Hopkins University in Baltimore in the 1990s. Currently, he teaches in the IES Program at Humboldt Universität zu Berlin.

AICGS is grateful to the Transatlantik-Programm der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland aus Mitteln des European Recovery Program (ERP) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) and the Draeger Foundation for their generous support of this essay.